Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 108 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G-M. bei 2maliger Zustellung 2.50 G-M. ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen — Höhere Gewalt enthindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25 des Vormonats angenommen

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 15 Pfg Kleine Anzeigen 8 Pfg Familien-Anzeigen 6 Pfg Stellengesuche 6 Pfg Die 4gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg Rabatt nach Tarif Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale) Für Platzvorschriften und telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801 abends von 6 Uhr an Redaktion 25609 u 25610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Dienstag, 8. Mai 1928

Geschäftsstelle Berlin Bernburger Str 30 Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

200000 Bauern marschieren auf Bukarest

Manius Heerschau gegen Bratianu

Blutige Zusammenstöße zwischen Militär und Bauern — Eine nationale Bauernregierung unter Maniu gefordert

(Telegraphische Meldung.)

Bukarest, 7. Mai.

Die mit größter Spannung im ganzen Land erwartete große Kundgebung der nationalzaranistischen Partei hat, allen Verboten und Drohungen zum Trotz, am gestrigen Sonntag ihren Anfang genommen. 200 000 demonstrierende Bauern haben den Marsch Karlsburg (Alba Julia) auf Bukarest angetreten. Da die Entfernung von Karlsburg nach Bukarest 400 Kilometer beträgt, ist mit dem Eintreffen der Kongreßteilnehmer in der Hauptstadt nicht vor dem nächsten Sonntag zu rechnen.

Die Regierung trug sich lange mit dem Gedanken, die Kundgebungen überhaupt zu verbieten, soweit hat sie es aber doch nicht kommen lassen. Das eben veröffentlichte Manifest der Opposition unterzieht die gegenwärtige Regierung der allerschärfsten Kritik. Es wird darin gesagt, daß das Land unter dem Joche einer Oligarchie schmachte, deren Verhalten lediglich von Parteiinteressen diktiert sei, und die es verhindere, daß das Land wirtschaftlich emporkomme. Durch verfassungswidrige Maßnahmen sei alles politische Leben unterdrückt und in der Verwaltung kämen die größten Mißbräuche vor. Die Wirtschaftspolitik weise die schlimmsten Fehler auf und die Regierung habe das Land an den Rand des Abgrundes gebracht. Der Kredit Rumäniens sei im Auslande völlig untergraben. Die Reichtümer des Landes seien von den Liberalen verschleudert und für parteipolitische Zwecke ausgenutzt worden. Eine der unheilvollsten Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik sei der gewaltige Steuerdruck, der zur Verarmung der Bevölkerung geführt habe. Die Opposition wirft der Regierung vor, daß sie die örtlichen Selbstverwaltungen der angegliederten Provinzen zerstört und an deren Stelle eine brutale Zentralverwaltung gesetzt habe, die völlig korrumpiert sei und daher allgemeine Unzufriedenheit im Lande hervorgerufen habe. Das Manifest übt dann auch scharfe Kritik an der Außenpolitik der Regierung und zählt alle Mißerfolge auf. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ungarn entgegen den Bestimmungen der Friedensverträge bewaffnet seien und wieder rüsteten. Ungarn erörtere gegenwärtig eifrig die Revision des Trianon-Vertrages. Zum Schluß heißt es, daß die gegenwärtige Regierung durch ihre Politik den Bestand des Staates gefährde.

Dieses Manifest läßt, wie man sieht, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die gewaltige Kundgebung der 200 000 Bauern ist allein der Energie und dem Geschick des schon im ungarischen Parlament politisch geschulten Führers der siebenbürgischen Rumänien, Maniu, ist dies allein zu verdanken. Auch die Zusammenfassung der alten siebenbürgischen Nationalpartei und der von Bessarabien ausgehenden Bauernpartei zu der Partei der nationalen Bauern war vor allem Manius Werk.

Die alte Krönungsstadt Karlsburg, ursprünglich auch eine Stadt der Siebenbürger Sachsen, hat zweimal nach dem Kriege Tausende von Demonstranten in ihren Mauern gesehen. Doch selbst die siebenbürgisch-rumänische Nationalversammlung im Dezember 1918, die den Anschluß Siebenbürgens an das rumänische Königreich verkündete, auch nicht die Krönung König Ferdinands zum Herrscher des großrumänischen Staates hat eine solche machtvolle Kundgebung dargestellt, wie sie der gestrige Sonntag, als 200 000 rumänische Bauern zu ihrem Parteitag in Karlsburg zusammenkamen, gezeigt hat. Der rumänischen Geschichte hat der gestrige Sonntag neue Karlsburger Beschlüsse einverleibt, denn die hoffnungsvolle Erklärung, die den Minderheiten des neuen rumänischen Staates im Dezember 1919 von der siebenbürgisch-rumänischen Nationalversammlung gemacht und die auch vom König und von dem älteren Bratianu unterzeichnet worden war, die Garantie eines Minderheitenrechtes, war bisher mit den Karlsburger Beschlüssen bezeichnet worden. Während diese aber über ihren minderheitsrechtlichen Rahmen hinaus voller Jubel das geeinte Rumänien, den Anschluß an das Königreich bejahten, zeigen die gestrigen Karlsburger Beschlüsse nach beinahe zehn Jahren Groß-Rumänien ein ganz gegenteiliges Bild. Enttäuscht von der Bukarester Zentralisierungspolitik und korrupten Folgeerscheinungen wenden sich Männer, wie Maniu und Vaida, die damals schon in Karlsburg an führender Stelle gesessen haben, diesmal gegen das alte Königreich. Sie verlangen von Grund auf eine gründliche politische, kulturelle und wirtschaftliche Reform des rumänischen Staates. Sie wollen anstelle einer Regierung einer seit Jahrzehnten in Rumänien herrschenden Interessen- und Familiengruppe (Bratianu!), die mit der Beherrschung der rumänischen Banken, der rumänischen Erdölindustrie und des rumänischen Großgrundbesitzes eine wahre Diktatur ausüben, eine Volksregierung. In dieser soll vor allem das neue Rumänien vertreten sein, das mit der Zufriedenstellung der berechtigten Wünsche der Minderheiten den Ausgleich mit den heute Rumänien so feindlich gesinnten Nachbarstaaten sucht, um das finanziell und wirtschaftlich zerrüttete Land von den ungeheuren Militärlasten zu erleichern, und wirklich aufzubauen. Die in der nationalen Bauernpartei auch stark zur Geltung kommenden Besarabier wollen vor allem aus dem ewigen Kriegszustand in ihrer Heimat herauskommen und wünschen eine klare Auseinandersetzung mit Moskau. Wenn sie selber in Bukarest in der Regierung sitzen, glauben sie als Radikale eher zu einer Verständigung mit Moskau zu kommen, als es den bisherigen in Westeuropas Schlepptau befindlichen Regierungen gelungen ist.

Es bleibt abzuwarten, welche Haltung der Regentschaftsrat „gegenüber dem von Maniu persönlich überbrachten Ultimatum an die Regierung einnehmen wird. Eins scheint festzustehen, daß die Bratianu-Regierung auch in den Augen anderer Parteien und in den Augen gewisser Großmächte längst gescheitert ist. Man denke an den ungarischen Optantenkonflikt, in dem sich Chamberlin für ein Rumänien ungünstiges, den Trianon-Vertrag revidierendes Kompromiß einsetzte, man vergegenwärtige sich die Aufregung in Bukarest, als Italien mit dem rumänischen Erbfeind Ungarn den römischen Freundschaftsvertrag schloß und man vergesse nicht, die Brüchigkeit der Kleinen Entente, die so oft in Rumänien zu stolzen Besprechungen zusammengetrommelt ist. Die Königin-Witwe hat immer noch in der rumänischen Politik einen sehr bestimmenden Einfluß. Viel zu wenig ist vor einigen Wochen die Tatsache beachtet worden, daß der englische Gesandte am Bukarester Hof mit dem Oppositionsführer Maniu eine Unterredung gehabt hat. Königin Maria ist von Geburt Engländerin. Die Zeit scheint sehr nahe gerückt zu sein, wo anstelle eines Averescu und eines Bratianu der Bauernführer Maniu den Ministerpräsidentensessel in Bukarest einnehmen wird.

Standrecht über Bukarest

Das Militär soll den Anmarsch der Bauern verhindern — Maniu von 600 Lastautos mit Anhängern begleitet

(Telegraphische Meldung.)

Bukarest, 7. Mai.

Nach Meldungen aus Bukarest sind sämtliche ausländischen Journalisten, die sich mit dem Präsidenten der nationalen Bauernpartei Maniu und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, an die Grenze abgeschoben worden. Weitere Meldungen besagen, daß es in Bukarest zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen gekommen sei. Die Truppen seien in Bereitschaft und hätten alle nach Bukarest führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bukarest sei das Standrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, noch in letzter Stunde der Lage Herr zu werden.

Maniu, der gestern nachmittag im Automobil von Karlsburg nach Bukarest abfuhr, um dort die Beschlüsse des Landeskongresses dem Regentschaftsrat vorzulegen, ist von einer großen Schar seiner Anhänger auf 600 Lastautomobilen begleitet.

Scharfe Maßnahmen der rumänischen Regierung

(Telegraphische Meldung.)

Budapest, 7. Mai.

Wie die Budapester Blätter im Zusammenhang mit der Karlsburger Tagung der Nationalen Bauernpartei berichten, wurden Reisende, die die rumänische Grenze nach Ungarn überschreiten wollten, von den Grenzbeamten nackt ausgezogen, und ihre Kleider genau durchsucht. Geschäftsreisende seien aus Rumänien ausgewiesen worden und in den Grenzorten sei der Belagerungszustand verhängt worden.

Ein angeblicher Aufruf Carols an das rumänische Volk

Er wollte Flugzeuge mit Propagandamaterial entsenden.

(Telegraphische Meldung)

London, 7. Mai.

Wie sich jetzt herausstellt, hat der Aufenthalt des rumänischen Kronprinzen Carol in England eine hochpolitische Note. Nachdem Carol der Presse gestern mit mehr oder weniger theatralischer Geste erzählt hat, daß während der nächsten 24 Stunden unter Umständen auch seine Schicksalsstunde geschlagen haben werde, soll er den Versuch gemacht haben, eine Reihe von Flugzeugen mit Propagandazetteln und einem Manifest an das rumänische Volk abzuschicken.

Die Flugzeuge wurden aber auf dem Flugplatz Croydon von den Behörden aufgehalten. Gleichzeitig soll wieder ein Kurier unterwegs sein, der sich mit der Bauernpartei in Verbindung zu setzen hat.

In dem Aufruf kündigte Carol seine Verzichtwilligkeit zur Thronbesteigung sowie eine Reihe von Reformen an, darunter Hilfe für die Bauernschaft, Einführung des freien Wahlrechts, Freiheit der Presse, Entpolitisierung der Armee sowie Abschaffung der Monopole. Ferner tritt Carol für eine Abänderung des Vertrages von Trianon ein.

Der Reichswahlausschuß tagt

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 7. Mai.

Unter Vorsitz des Reichswahlleiters, des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Wagemann, ist der Reichswahlausschuß heute vormittag um 11 Uhr zusammengetreten. Morgen tritt in Preußen der Landeswahlausschuß unter Vorsitz des Geheimrats Senger zusammen. Die Ausschüsse werden aus den Wählern der größeren Parteien von den Vorsitzenden gebildet, bei denen die letzte formelle Entscheidung über die Zulassung zur Wahl liegt. Die eingereichten Wahllisten dürften im wesentlichen angenommen werden. Man schätzt, daß von den 30 Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligen, höchstens ein Dutzend mit Mandatserfolgen aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Im übrigen haben sich noch gestern, also in letzter Minute, da ja die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge gestern ablief, nicht weniger als vier Parteien in die Wahlkonkurrenz einreihen lassen.

Kundgebung vor dem Reichsentschädigungsamt

(Telegraphische Meldung.

Berlin, 7. Mai.

Heute nachmittag veranstaltete der Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten, der koloniale Reichswahlverband und die Interessenvertretung „Selbsthilfe" der enteigneten Auslands- und Grenzlandsdeutschen, eine Kundgebung vor dem Reichsentschädigungsamt, die sich gegen das nach Ansicht der Geschädigten zu langsame Arbeiten der Behörde richtete. Das Reichsentschädigungsamt war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert worden. Kurz vor Amtsschluß marschierten die Demonstranten, deren Zahl einige hundert betrug, mit großen Tafeln auf, die Aufschriften trugen wie „unsere Demonstration ist ein Verzweiflungsakt". Vor dem Gebäude kam es zu lebhaften Kundgebungen. Der Versuch, eine Abordnung zu dem Präsidenten des Reichsentschädigungsamtes, Karpinski, zu entsenden, mißlang, da dieser erklärte, die Abordnung nicht empfangen zu können. Die Menge verlief sich erst, nachdem die Beamten teilweise durch einen zweiten Ausgang in einer Nebenstraße das Gebäude verlassen hatten.

Was man wünscht . . .

das glaubt man gern! Und so glaubt die „Vossische Zeitung", der „Tägliche Dienst für nationale Zeitungen" habe den Herrn Reichsinnenminister zum Eidbruch aufgefordert. Sie begründet die von ihr entdeckte Tatsache durch geschickte Aneinanderreihung einiger Sätze und durch noch geschicktere Auslassung anderer. Eine Kampfesweise, die durch häufige Anwendung nicht anständiger oder gar vornehmer wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192805081-12/fragment/page=0001

Sollen die Parteien der Parlamente alle Klassenparteien werden?

Wie man es machen muß, und wie man es nicht machen sollte

Die kommende Reichstagswahl trifft eine Entscheidung, die in ihrer Bedeutung nicht leicht zu überschätzen ist: Sollen die Parteien der Parlamente Klassenparteien sein oder nicht?

Die Sozialdemokratie hat damit angefangen, sich zur ausgesprochenen Klassenpartei aufzutun. Sie will die „Enterbten" vertreten, will Arbeiterpolitik treiben — so wie sie es versteht. Desgleichen die Kommunisten. Freilich verhüllen sie, um Stimmen zu fangen, mitunter ihre Einseitigkeit und preisen sich auch mitvergnügten Bauern, Beamten und Mittelständlern an. Aber für den Klarblickenden ist es doch unverkennbar: Die Sozialdemokratie will nach ihrem ganzen Programm nur einer Klasse dienen.

Und ihr nachfolgend hat sich die Wirtschaftspartei aufgetan. Sie will nichts als das Interesse des gewerblichen Mittelstandes — so sagt sie wenigstens. Damit sucht sie unter den Wirten, den Ladenbesitzern und den Handwerkern Stimmen zu gewinnen. Und neuestens versuchen verschiedene splitterhafte Bauernparteien dasselbe.

Was wäre die Folge, wenn diese Art von Parteibildung durchdränge?

Zunächst hätte das Vaterland den Schaden. Denn der Klassenkampf vernichtet die Völker! Die Länder des Altertums — Griechenland und Rom, sind im Klassenkampf zu Grunde gegangen. Wenn nicht der Zusammenhalt der Stände, sondern der schonungslose Kampf einer Klasse gegen die andere Geltung hat, wird das vaterländische Wohl in solchem Kampf zerrieben. Wir können nur durch Einigkeit und nicht durch wachsende Zerrissenheit aus unserem Elend kommen.

Zum andern aber leidet der Stand darunter. Wie viel ruhiger ginge das Aufstreben des arbeitenden Standes, wenn nicht die Sozialdemokratie alles durch ihre Predigt des Hasses, der Internationalität und des Pazifismus vergiftet!

Und vollends: Wenn der gewerbliche Mittelstand und die Landwirtschaft sich zu eigenen Parteien zusammenkapselten, die die doch jeder im allerbesten Fall ein Fünftel der Mandate erringen könnten, wären alle Standesbelange zu hoffnungsloser Minderheit verurteilt! Das landwirtschaftliche Interesse aus den landwirtschaftsfreundlichen Parteien mitsamt den Stimmen der Landwirtschaft herausräumen, heißt kurzsichtige Politik treiben. Noch der beruflichen Zusammensetzung unseres Volkes, wie sie heute ist, können weder Landwirtschaft noch gewerblicher Mittelstand je hoffen, Mehrheit zu sein. Sie sind zu hoffnungsloser Minderheit, also zu steter Niederlage verurteilt, wenn sie sich isolieren.

Kann man denn, wenn man das Standesinteresse wirksam vertreten will, nicht ein wenig kaufmännisch denken und kalkulieren? Muß denn alles mit egoistischer Leidenschaft gemacht werden?

Man schaue doch auf das Gegenbeispiel: Die größte kaufmännische Organisation der Welt, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, ist politisch nicht gebunden. Er versucht auch nicht, die Gehilfenschaft zu einer eigenen Partei zusammenzubringen, was immer nur sehr unvollkommen gelingen würde, viel Feindschaft hervorruft und schließlich die Vertretung der kaufmännischen Interessen in den Parlamenten nur erschweren würde. Nein, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband wendet sich an verschiedene Parteien und bringt dort seine Kandidaten unter. So war es im alten Reichstag, und so wird es auch im neuen sein. In den Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der National-Sozialisten sitzen führende Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Und sobald es sich um Gehilfenfragen handelt, sind sie die gegebenen Sachverständigen der Fraktion. Auf diese Weise gelingt es der klugen Taktik des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, für seine Wünsche Mehrheiten im Reichstage zu erzielen!

Sollten nicht auch andere Stände daraus lernen, wie man es machen soll.

D. Reinhard Mumm.

Rundfunk für sozialistische Wahlpropaganda

Von Zeit zu Zeit überrascht die Nordische Rundfunkgesellschaft A.-G. in Hamburg die Hörer ihrer Sender mit sozialdemokratischen Veranstaltungen unter dem Titel: Abende für die „Werktätigen" mit Reden, Vorträgen, Liedern und Sprechchören sozialdemokratischer Richtung. Auch sozialdemokratische Jugendfeiern an Stelle der christlichen Einsegnung wurden durch den Hamburger Rundfunk weiteren Kreisen vorgeführt. Manches wirkte darin stark, so wenn die Sprechchöre nachdrücklich und überlaut die sozialdemokratischen Forderungen in den Rundfunk hinausschrien.

Am 1. Mai hielt der Hamburger Bürgermeister, der Sozialist Roß, im Rundfunk eine Ansprache über die Ziele seiner Partei; gegenüber den Hetzreden der anderen roten Wortführer, vielleicht auch mit Rücksicht auf den angeblich neutralen Rundfunk, der aber sonst andere politische Parteien nicht zu Worte kommen läßt, äußerte Roß sich relativ maßvoll; von der alten sozialistischen Phrasologie konnte er sich allerdings nicht frei machen. Millionen, sagte er ungefähr, arbeiten nur für die Reichen, während sie selbst in dürftigem Dasein verbleiben. Die neue Organisation der menschlichen Gesellschaft und Arbeit soll das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern umstellen, auch für Angestellte und Beamte, sie soll aus dem Industriesklaven durch ein Arbeitsrecht an Stelle des Arbeitsvertrages den Industriebürger machen. Schließlich verlor sich der Redner in utopischen Träumen, betonte den internationalen Grundgedanken der Maifeier und erklärte die Versöhnung aller Völker und den Weltfrieden als Voraussetzung für die Erretung des Menschen aus Not und Elend zur sozialen Freiheit.

Ermöglicht werden die sozialdemokratischen Veranstaltungen im Hamburger Rundfunk, die zuweilen scharf zugespitzt die Gefühle Andersdenkender verletzen, anscheinend durch den Einfluß des sozialdemokratischen Wortführers Heilmann in Berlin, der im Verwaltungsrat der Nordischen Rundfunkgesellschaft A.-G. sitzt.

„Allerschärfste Mittel"

Der Demokrat Dr. Külz glaubt sich für die erhoffte Reichsbanner-Koalition schon vor dem 20. Mai warm empfehlen zu müssen

Der demokratische Spitzenkandidat für Ostsachsen, Herr Reichsminister a. D. Dr. Külz, scheint sich bereits sehr danach zu sehnen, bei der Neubildung der Reichsregierung nach den Wahlen wieder einen Ministersessel einzunehmen. Sein Verhalten im Wahlkampf läßt jedenfalls darauf schließen, daß er sich bei der Sozialdemokratie, die ihm bekanntlich das Schmutz- und Schundgesetz etwas übelgenommen hat, durch besonderes Auftreten wieder die Koalitionsreife erwerben will. In mehreren demokratischen Wahlversammlungen erklärte Herr Dr. Külz — früher bekanntlich ein eifriger Kaisers Geburtstagsredner und später „derzeitiger" Republikaner — daß die Monarchisten, wenn sie sich unterstehen sollten, für eine Aenderung der Staatsform einzutreten, „mit ihrem Kopf spielten." Als Herrn Dr. Külz am 2. Mai auf diese Aeußerung in einer Versammlung in Rugersdorf von deutschnationaler Seite erwidert wurde, daß sich dieser Standpunkt doch schlecht mit der von ihm gepriesenen demokratischen Freiheit vertrüge, ließ sich Herr Dr. Külz noch zu folgenden scharfen Aeußerungen hinreißen:

„Wenn ich einmal wieder in verantwortlicher Stellung sein sollte und die republikanische Staatsform in Gefahr wäre, so würde ich mich nicht scheuen, auch die allerschärfsten Mittel anzuwenden."

Die Heldopfe des Republikfreiters Dr. Külz wirkt ja nicht gerade sehr erschütternd, wenn man an seine kaum von festem Charakter zeugende Vergangenheit denkt. Immerhin zeigen diese höchst überflüssigen Kraftausdrücke eines prominenten Demokraten, daß die Deutsch-demokratische Partei sich krampfhaft bemüht, an radikalem Republikanismus selbst die Sozialdemokratie zu übertreffen. Die Herren Demokraten verspüren seit geraumer Zeit wieder Sehnsucht nach den Ministersesseln und denken schmerzerfüllt daran, daß die Sozialdemokratie bei der letzten Regierungsbildung von der großen Koalition nichts wissen wollte. Auf der Jagd nach den Fleischtöpfen der großen Koalition geraten sie immer stärker ins sozialdemokratische Schlepptau und in ein linksradikales Fahrwasser, das mit der Vertretung bürgerlicher Interessen unvereinbar ist.

Die armen Intelligenzler

Daß die Demokaten Erbpächter aller Intelligenz sind, ist eine unbestreitbare Tatsache — bei den Demokraten. In ihrem Wahlaufruf aber haben die Demokraten ihren Intelligenzmund doch wohl etwas zu voll genommen, denn selbst das „Frankfurter Intelligenzblatt" schüttelt ob des Wahlaufrufs seiner Partei etwas bedenklich das Haupt. Es schreibt, man könnte vielleicht der Ansicht sein, der Wahlaufruf der Demokraten sei „ruhmredig", aber einmal müsse man „etwas dem natürlichen (!) Pathos zurechnen", mit dem ein Aufruf spricht, der sich an Wählerinnen und Wähler wendet, aber sei's wie's sei, vor zehn Jahren habe die demokratische Partei doch immerhin eine entscheidende Rolle gespielt und das sei kein Zufall (sie), sondern tatsächlich eine Folge ihrer „Intelligenz" gewesen, sagt die Frankfurterin. Aber: „Politik ist oft eine undankbare Sache" wehklagt es vom Main her. Später habe die demokratische Intelligenz zwar nichts rechtes mehr erreicht, aber, wäre sie nicht mutig am Werke geblieben, dann „würde" es heute noch viel schlimmer um die deutsche Politik stehen. Nun ist das Wörtchen „würde", in der Politik rückwärts schauend angewandt, eine Krücke, die nur ganz gebrechliche Politiker benutzen, und wenn schon unsere Intelligenzler von ihrer Politik sagen müssen: „Andere hätten's noch schlechter gemacht" so ist das nicht gerade ein Beweis allerhöchsten Selbstvertrauens. Die Positiva aber, die die Herren Demokraten für sich anführen, sind durch die Bank Negativa nach dem Motto: „Wir haben verhindert!"

Größere Bestellungen Amanullahs in der deutschen optischen Industrie

Wetzlar, 7. Mai.

Der Besuch des afghanischen Königs hat sich auch für die Wetzlarer optische Industrie ausgewirkt. So hat sich der König entschlossen, u.a. einen bedeutenden Posten Hensoldt-Prismen-Feldstecher für die afghanische Armee zu bestellen. Weiterhin ist eine Belieferung mit neuen Hensoldt-Bildwerk-Apparaten in Aussicht genommen worden. Die Arbeiter und Angestellten der optischen Werke begrüßen diesen Auftrag dankbar, ist doch gerade in diesem Industriezweig heute die wenigste Nachfrage nach derartigen Spezialartikeln.

Fünf Tage Kolmarer Prozeß

(Telegraphische Meldung.)

Kolmar, 7. Mai.

Der Kolmarer Prozeß bildet gegenwärtig das Hauptgesprächsthema in Paris und nimmt in der Oeffentlichkeit einen immer breiteren Raum ein. Bestreiten kann das elsässische Mißbehagen niemand mehr. Daß es nicht möglich ist, wegzudisputieren, oder mit Gewalt aus der Welt zu schaffen, haben die Kammerwahlen im Elsaß bewiesen und beweist heute der Kolmarer Prozeß. Der neueste Zwischenfall in dem bisher an Zwischenfällen so reichen Verlauf dieses Prozesses, nämlich die Entscheidung des Gerichts, keine weiteren Angeklagten mehr zu Worte kommen zu lassen, sondern sofort mit dem Zeugenverhör zu beginnen, ist auch nichts anderes als ein Ausfluß der Verlegenheit und der Furcht; der Furcht nämlich, dieser Prozeß, den man an den Haaren herbeizog, könne sich, wenn er so weitergehe, wie bisher, viel eher zu einer Blamage und Niederlage für die Ankläger als für die Angeklagten auswachsen. Der „Temps" findet darum die jetzt getroffene Entscheidung des Gerichts vollauf gerechtfertigt, verrät aber selbst das schlechte Gewissen, und die Gründe, die bei dieser Entscheidung in erster Linie mitgewirkt haben. Die ganze Aufregung, die von diesem Prozeß ausgeht, macht nach seiner Ansicht im Auslande den Eindruck einer „Zersetzung der französischen Einheit", und darum müsse man einem solchen Mißbrauch des Prozesses schleunigst ein Ende machen.

Feuilleton

Halle, 8. Mai.

Die Schubert-Feier des Stadttheaters

Morgenkonzert.

Daß die Schubertfeier des Stadttheaters so weit dem eigentlichen Gedenktage — 19. November — vorausgelegt wurde, hatte doch wohl seine guten Gründe. Im Winter sind die Aufgaben unserer Bühne so mannigfaltig, daß da kaum genügend Zeit erübrigt worden wäre. Ein Gesamtbild des Schaffens zu geben, konnte nicht verlangt werden. Was ausgewählt wurde, hatte aber sinnvollen Zusammenhang und berücksichtigte die wesentlichen Züge Schubertscher Kompositionen. In der Morgenfeier kam der Liedersänger und der Schöpfer seiner Musik für Klavier und Violine zur Geltung. Der Abend enthüllte das Wesen des großen Sinfonikers, der heute als Ergänzung zu Beethoven empfunden wird, und bot eine Probe aus seinen unbekannten Bühnenwerken.

So erstaunlich und bedeutend auch sein mag, was Franz Schubert auf allen Gebieten der Tonkunst geleistet hat: der Tatsache, daß der so früh Dahingeschiedene der Schöpfer und zugleich der Vollender des deutschen Liedes gewesen ist, werden auch spätere Jahrhunderte nicht aus dem Wege gehen können. Darum war es hocherfreulich, daß für die Morgenfeier ein Schubertsänger von Weltruf gewonnen worden war. Dem Liedersänger Karl Erb haben wir in Halle bereits manchen erlesenen Kunstgenuß zu danken. Seiner Ausdeutung der Schubertlieder durfte man daher mit den größten Erwartungen entgegensehen. Wahrlich, Karl Erb verdient seinen hohen Ruhm. Ausgerüstet mit einem herrlichen und trefflich geschulten Tenor, weiß er seine Aufgaben aus gesundem Fühlen und klarem Verstehen heraus. Nirgends dramatischer Ueberschwang oder einstudierte Pose, sondern durchweg freies Walten naturbedingter Notwendigkeit, wie es gerade der Stoff verlangt! Darum wirkten die sieben Lieder, die er sang und denen er noch zwei auf stürmischen Beifall hinzufügen mußte, mit einer unvergleichlichen Unmittelbarkeit. Unvergeßlich, mit welcher ergreifenden Schlichtheit und Innerlichkeit er die Gedankenwelt in „Vor meiner Wiege" darzulegen wußte.

Die Sonate für Violine und Klavier in A-Dur ist liebenswürdige Musik, aber nicht auf den Höhen Schubertschen Könnens gewachsen. Viel kühner und sprühenderen Geistes mutet die Fantasie in F-Moll an, die Professor Hans Bassermann im Verein mit Professor Kurt Schubert zu glänzender Wirkung brachte.

In den vier Impromptus (op. 90) bewährte sich Professor Kurt Schubert als Pianist ersten Ranges, der über ein gepflegtes musikalisches Empfinden und wunderbar ausgeglichene Technik und edle Anschlagskultur verfügt.

Die Begleitung erledigte Generalmusikdirektor Erich Band. Er verstand sich mit dem Sänger vorzüglich und trug durch sein anschmiegsames Spiel viel zum Gesamterfolg der Lieder bei.

Allen Mitwirkenden galt der begeisterte Dank der Hörer. Was soll man aber dazu sagen, daß die bessern Plätze des Hauses keineswegs ausverkauft waren?

Prof. Dr. W. Kaiser.

Mecklenburg-Strelitzer-Medaille für Kunst und Wissenschaft. Im Neustrelitzer amtlichen Anzeiger erläßt das Staatsministerium folgende Bekanntmachung: „Als Anerkennung für Verdienste auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft wird die Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Dieselbe besteht aus Silber und trägt auf der einen Seite das Mecklenburg-Strelitzische Landesmappen und die Inschrift „Mecklenburg-Strelitz. Landesregierung" und auf der anderen Seite die Inschrift „Für Kunst und Wissenschaft". Die Medaille wird an einem hellblau seidenen Bande mit schmaler rotgoldener Einfassung getragen. Für ganz besondere Leistungen auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft wird die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Nach dem Tode des Inhabers ist die Medaille an das Staatsministerium zurückzugeben. Wegen Verbrechen erlittene Strafen haben ihren Verlust zur Folge."

Das erste Musik-Landheim für Volks- und Schulmusik. Im Einvernehmen mit dem Preußischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat der Magistrat der Stadt Frankfurt (Oder) den Bau eines Landheimes für Volks- und Schulmusik beschlossen. Die Planung dieser grundsätzlich neuen Aufgabe wurde dem Architekten Prof. Dr. Otto Bartning, Berlin-Weimar, übertragen. Bartning bearbeitet das Bauprojekt mit dem aktiven Baurat der von ihm geleiteten Staatlichen Hochschule für Handwerk und Baukunst Weimar. Die städtebauliche Gestaltung des landschaftlich sehr reizvollen Geländes ist von Gesterem, dem Dozenten für Städtebau an der Staatlichen Bauhochschule Weimar, übertragen worden.

Preußische Taktlosigkeiten

Der nicht eingeladene Herr von Schillings.

Professor Max v. Schillings läßt durch seinen Rechtsbeistand eine Mitteilung an die Presse gehen, wonach er keine Einladung zur Eröffnung der Staatsoper erhalten und darum auch nicht angenommen hat. Weiterhin läßt Prof. Max v. Schillings erklären, daß angesichts der bedauerlichen Vorkommnisse aus dem vorletzten Jahre es für ihn von Wichtigkeit ist, daß diese Feststellung in aller Oeffentlichkeit erfolgt.

*

Die Tatsache, daß man Prof. Dr. Max von Schillings zur Wieder-Eröffnung der Berliner Staatsoper nicht eingeladen hat, ist beschämend für die gesamte preußische Regierung, der Herr Braun vorsteht. Takt ist allerdings eine Sache, die man nicht lernen kann, auch wenn man plötzlich Minister wird, und Taktlosigkeiten ist man von den Regierenden in Preußen nachgerade gewöhnt. Max von Schillings war jahrelang der Leiter der Staatsoper, er gehört schließlich zu den hervorragendsten Komponisten und Dirigenten des jetzigen Deutschland — alles also Gründe, um eine Einladung als Selbstverständlichkeit zu kennzeichnen. Max von Schillings hätte natürlich abgelehnt, darüber werden sich die Herren mit den merkwürdigen Gesellschaftsformen wohl klar gewesen sein, also um so mehr hätte man der Form genügen müssen. Wir stellen die neue Taktlosigkeit der preußischen Regierungshäupter öffentlich fest.

Um die Erhaltung des Frankfurter Goethe-Hauses. Die Preußische Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst, hatte sich um die Sicherung der Mittel zur Schaltung des Frankfurter Goethe-Hauses bemüht. Daraufhin erhielt die Sektion für Dichtkunst vom Magistrat Frankfurt a. Main die folgende Mitteilung: „Wir danken der Preußischen Akademie der Künste, daß sie mit ihrem Rotruf vom 29. März 1928 das deutsche Gewissen aufgerüttelt hat und mahnte, was Deutschland seinem größten Genius schuldig ist. Die Stadtverwaltung Frankfurt hat in ihrem Etat für 1928 den Jahreszuschuß für das Freie Deutsche Hochstift von 29 000 Mark auf 54 000 M., d. h. um 25 000 M. erhöht. Sie bringt damit zum Ausdruck, daß sich die Stadt ihrer Verpflichtung als Geburtsstadt Goethes bewußt und nach Kräften bemüht ist, zu dem Ausbau und der würdigen Ausgestaltung der allen Deutschen heiligen Erinnerungsstätte beizutragen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192805081-12/fragment/page=0002

Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen, brauchen keine Unterstützung — —

nach Ansicht der Roten. — Kein Zuschuß für die Tuberkulosebekämpfung. — Mehr Mittel für Straßenbeleuchtung und Verkehrsverband. — 30 000 Mark für Radfahrwege. — Der Gesamtetat der Stadt Halle angenommen.

Unser Hallescher Stadtetat für 1928 ist unter Dach und Fach! Man hat das dadurch erreicht, daß die Redezeit für jede Fraktion zu jedem Tagesordnungspunkt auf 10 Minuten beschränkt war und daß der Vorsteher der Stadtverordnetensitzung auf die Durchführung dieses Beschlusses schärfstens sah. So nutzten in der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments die Roten ihre Propagandareden notgedrungen einschränken. Im übrigen war wohl alles froh, daß man endlich den Etat erledigen konnte, aber doch angedroht, daß bei Nichterledigung so lange Abend für Abend weitergetagt werden solle, bis auch das letzte Etatskapitel durchgesprochen sei.

*

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters eröffnete kurz nach 4 Uhr der Stadtverordnetenvorsteher Busse die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Nachdem er einen Dringlichkeitsantrag der K. P. D., der sich wieder einmal für den Acht-Stunden-Tag für die Gemeindearbeiter eingesetzt, bekanntgegeben hat, und weiterhin die Einladung des Radvereins Völlberg zu seiner am Sonntag stattfindenden Regatta, kam in die Tagesordnung eingetreten werden.

Die Tagesordnung umfaßt die letzten bisher noch nicht erledigten Kapitel des Haushaltsplans 1928. Die beiden ersten Kapitel, betreffend die laufmännische Berufs- und Handelsschule und die Gewerbeschule für Mädchen werden ohne jede Debatte angenommen. Beim Etat des Stadttheaters treten zunächst als „Sachverständige" die Stadtverordneten Müller (S. P. D.) und Kölz (K. P. D.) auf. Die Kommunisten sind besonders darüber wenig erfreut, daß auf einen Einspruch des Bühnen-Volksbundes hin die Stadttheaterintendanz in „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt" Streichungen vornahm, um ähnliche Geschmacklosigkeiten, wie sie im „Odysseus von Ithaka" vorkamen, zu vermeiden. Das Kapitel wird dann angenommen, ebenso wie das folgende, das sich mit dem Etat des Thaliasaals befaßt. Hier wendet man sich aus der Stadtverordnetenversammlung heraus dagegen, daß

die Kleiderablage als Einnahmequelle

betrachtet wird und die Programme zu teuer verkauft werden. Mit der Annahme der Etats für Museum und Kunstgewerbeschule ist dann der kunstkulturelle Teil des Gesamtetats erledigt.

Man wendet sich hierauf dem Kapitel Fürsorgeamt zu. Ein kommunistischer Agitationsantrag, der verschiedene Erhöhungen verlangt, wird abgelehnt, der Etat als solcher angenommen. Zum Tiefbau-Etat spricht der Stadtv. Winner im Namen des Bau- und Haushaltsausschusses. Er regt an, daß aus Zinsersparnissen, die zu erwarten seien, Radfahrwege angelegt werden mit einem Aufwand von 30 000 Mark und findet damit die Zustimmung des gesamten Hauses.

Der Bauausschuß hatte bekanntlich

mehr Mittel für die „Straßenbeleuchtung"

und zwar 20 000 Mark genehmigt, während der Haushaltsausschuß dagegen war. Die Versammlung stellte sich erfreulicherweise auf die Seite des Bauausschusses. Unser Appell ist also nicht ungehört geblieben. Schließlich wird aus der Versammlung angeregt, daß vor den Schulen, besonders vor denen, die an Straßen mit starkem Verkehr liegen, Holz- oder Asphaltpflaster geschaffen wird. Das Kapitel wird hierauf im ganzen angenommen.

Das nächste Kapitel, Arbeiterlöhne, bringt einen großzügigen Antrag des Kommunisten Härtel II, der für künftige Notfälle ganze 8 Millionen Mark im Etat mehr eingesetzt haben will. Ausgerechnet sein roter Kollege von der S. P. D., Schaumburg, muß ihm da entgegenhalten, daß der Antrag gänzlich überflüssig sei, da in solchen Fällen die Tarifverhandlungen zwangsläufig für alles Nötige sorgten. Die nächsten drei Kapitel, Fuhrpark und Müllabfuhr, Straßenreinigung, Stadtentwässerung, finden ohne Aussprache die Zustimmung der Stadtverordneten.

Zum Kapitel Jugendamt bringt Fräulein Becker von der S. P. D. gleich eine ganze Reihe von Anregungen und Anträgen, und Frau Herrmann von der K. P. D. mag ihr darin nicht nachstehen. Eine kleine halbe Million fordern beide für die Errichtung eines Jugendheims, nebenher Kinderspielplätze, Planschbecken und Stillhäuschen. Frau Herrmann,

einmal ins Fordern gekommen,

geht dann immer weiter, Zehntausend um Zehntausend Mark an Mehrkosten summiert sich da rasch zusammen. Die sämtlichen Anträge werden abgelehnt, während der Etat angenommen wird, nachdem Herr Kilian, „hier Warte" sprechend, erklärt hat, von Rechts wegen müsse eigentlich der Staat für die ganze Jugendfürsorge aufkommen.

Der nun folgende Etat des Stadtgesundheitsamtes bietet wider alles Erwarten Gelegenheit zu

Radaufzenen.

Neben vielem anderen enthält dies Kapitel einen städtischen Zuschuß für den „Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose". Gegen die Weiterbewilligung dieses Zuschusses laufen nun S. P. D. und K. P. D. in trautem Verein Sturm, weil der Leiter des Vereins, Dr. Blümel Antisemit sein soll. Mag nun Stadtv. Dr. Mund (Völkisch) als Berichterstatter darauf hinweisen, daß Dr. Blümel seit Jahrzehnten hervorragende Verdienste um die Tuberkulosenbekämpfung in Halle habe, daß er als hervorragende Autorität auf diesem Gebiete sogar in den Reichsgesundheitsrat berufen wurde, mag Stadtv. Hirsch (O.-Bl.) ihn hierin unterstützen und betonen, daß man doch unbedingt hier Person und Sache zu trennen habe, die Roten gehen auf nichts ein. Es berührt merkwürdig, daß hier gewissermaßen der Magistrat mit den Roten in einer Front steht, dadurch, daß Stadtrat Bellhusen den roten Antrag, der sich gegen die Magistratsvorlage richtet, als — dem Magistrat genehm bezeichnet. Dr. Mund deutet an, daß persönliche Differenzen zwischen Dr. Blümel und dem Magistrat hier der tiefere Grund sein dürften. Die sich entspinnende Debatte nimmt zeitweise tumultuarische Formen an, Ordnungsruf auf Ordnungsruf muß der Vorsteher auf der linken Seite des Hauses verteilen. Ein sozialistischer Antrag, den Beitrag für den Verein fortab dem Stadtgesundheitsamt zuzuwenden, wird schließlich mit Hilfe von Demokraten, Zentrum und Volksparteilern angenommen. Man hat also gegen besseres Wissen für Halle eine erste Kraft in der Tuberkulosebekämpfung. — Stadtv. Thier nennt die Tätigkeit Blümels geradezu bahnbrechend — ausgeschaltet. Das Gesamtkapitel wird darauf angenommen.

Man wendet sich hierauf dem Kapitel „Gemeinnützige Zwecke" zu. Stadtv. Thier (Hausbes.) wendet sich bei dieser Gelegenheit dagegen, daß noch immer Wohnungsamt und Mietseinigsamt unverhältnismäßig hohe Summen beanspruchen, nämlich 39 000 Mark plus 115 500 Mark. Es müsse unbedingt gespart werden in dieser Richtung. Er hoffe, daß eine Anregung genügen werde, den Magistrat zu veranlassen, ernstlich nachzuprüfen, wo der unbedingt notwendige Abbau beginnen könne. Das Kapitel wird angenommen, ebenso wie das folgende Kapitel „Kapital- und Schuldenverwaltung".

Der nächste Punkt der Tagesordnung, das Kapitel „Allgemeine Verwaltung", bedarf wieder einer längeren Aussprache. Nachdem angeregt worden ist, die Stadtverordneten-Bücherei besser auf dem Laufenden zu erhalten, nachdem man weiter den Bühnenmeister des Stadttheaters in die Beamten-Kategorie aufgenommen hat, bittet Stadtv. Ritter (O.-Bl.)

den für den Wirtschafts- und Verkehrsverband vorgesehenen Zuschuß

von 10 auf 25 000 Mark zu erhöhen, unter Hinweis auf die Bedeutung des Verbandes und seine anerkennenswert sparsame Wirtschaft. Unter der Voraussetzung, daß die Vereinsmitglieder einen entsprechend erhöhten Beitrag aufbringen, wird dem Ritterschen Antrag zugestimmt. Der Kapitelpunkt „Vereine" hat es scheinbar den Roten ganz besonders angetan, denn Kommunisten und Sozialdemokraten gehen in gemeinsamer Front gegen alle Zuschüsse vor, die irgendwie nationalen oder christlichen, für das Allgemeininteresse arbeitenden Vereinigungen zugewendet werden sollen, ganz gleichgültig, ob es sich um Antialkoholbestrebungen, oder etwa den Sächs. Thüring. Geschichtsverein handelt. Es entbehrt nicht des Humors, daß man besonders wettert gegen Unterstützung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dieses großartigsten Forschungsinstitutes im Reiche, und der Kaiserlich Deutschen Akademie der Naturforscher, der Leopoldinisch-Carolinischen Akademie, die nun schon zwei Kaiserreiche überdauerte. Die sämtlichen Ablehnungsanträge der Roten, unterstützt von den Demokraten, die gegen die „Kaiserlichen Institute" gehen, finden keine Mehrheit. Auch der Antrag der Kommunistin Herrmann, die „internationale Arbeiterhilfe" sowie die „Rote Hilfe" mit je 1000 Mark zu bedenken, wird abgelehnt, während der Gesamtetat schließlich Annahme findet.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, das Kapitel Steuern und Abgaben, brachte verschiedene Ueberraschungen. Bei der Beratung der Biersteuer kam es zu einer Ablehnung durch eine Zufallsmehrheit, worauf der Magistrat sofort als Ersatz eine Erhöhung der Grundsteuer um 40 Prozent als neuen Vorschlag vorbrachte. Um diese ganz gewaltige Steigerung der Mieterbelastungen zu verhindern, setzte der Bürgerblock

eine Unterbrechung der Sitzung

durch, brachte dann nach einer Pause von zehn Minuten die Biersteuer als neuen Antrag ein und erreichte schließlich ihre Annahme in erneuter Abstimmung. Es kam zu erheblichem Durcheinander, und der Schluß der öffentlichen Sitzung wurde so noch recht lebhaft. Anschließend konnte dann der Gesamtetat seine Annahme finden mit 30 gegen 22 Stimmen.

Die Sitzung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit fortgesetzt.

Die halleschen Posträuber vor Gericht

Wie der dreiste Diebstahl ausgeführt wurde. — Zuchthaus für den einen, Gefängnis für die beiden anderen Burschen

Wohl noch jedem wird in der Frühe des 8. Dezember 1927 mit unerhörter Dreistigkeit ausgeführte Diebstahl durch das Fenster des Postgebäudes in Erinnerung sein. Am Montag standen die drei Nobeltäter vor dem Schöffengericht. Es handelte sich um den 27jährigen Kutscher Felix Bernas, der am 19. September 1927 aus dem Zuchthause entlassen war, den 20jährigen Fritz Hastedt aus Bremen und den 22jährigen Walter Ludwig.

Alle drei Angeklagten weisen einen eigenartigen Lebenslauf auf. Unstet sind die beiden erstgenannten Burschen, während Ludwig epileptisch und verwahrlost ist. Von Bernas erfuhr man nur, daß er früher mit einem Zirkus herumgezogen war. Er hat ein unverträgliches Wesen, so daß er bald mit seinem Bruder, der ihm helfen wollte, in Konflikt kam. Hastedt war von den Großeltern verzogen und hatte sich mit seinem Vater, der er erst später kennen lernte, nicht mehr verständigen können. Er sollte Kaufmann werden und wollte zur See. Schließlich setzte er seinen Willen durch, aber nach 1½ Jahren wurde er

um eines Mädchens willen aus der Reichsmarine entlassen.

Nun geriet er auf die Landstraße. Abenteurend zog er mit einem Faltboot von Berlin nach Konstantinopel; auf der Rückfahrt verlor er durch ein Unglück mit dem Boot seine ganze Habe. Eine zeitlang war er beim Zirkus Sarrasani, dann lockte wieder die Landstraße, bis er nach Halle verschlagen wurde.

Ludwig kam mit 13 Jahren in die Fürsorgeerziehung. Sein Vater war ein Trinker, der es mit seinen ehelichen Pflichten nicht genau nahm. Von der Anstalt wurde Ludwig für 2 Jahre aufs Land gegeben und dann entlassen. In Halle traf er dieselben traurigen Verhältnisse im Elternhause. Als er seiner Mutter einmal gegen den Vater beistand, wurde er von dem Vater herausgeworfen.

In der Herberge lernten die drei Burschen sich kennen,

und hier wurde eingehend der Ueberfall besprochen. Schon am Tage vorher wurde in einem nahen Vorgarten ein halber Mauerstein bereitgelegt. Früh um 8¼ Uhr bemerkten sie wieder, daß hinter dem nicht ganz verdeckten Fenster Geld gezählt wurde. Bernas und Hastedt stiegen über den Schacht, und im gleichen Augenblick warf Ludwig den Stein durch das Fenster. Die Beamten fuhren erschrocken zurück. Bernas griff schnell durch das zersplitterte Glas und raffte ein Bündel Scheine an sich; Hastedt stand so, daß er nicht zugreifen konnte. Gleich nach dieser Tat rissen alle aus. Vor dem Postgebäude verlor Bernas in der Hast einen Teil des Geldes, es waren 2580 Mark, immerhin behielten die Räuber noch 2490 Mark, die späterhin ehrlich geteilt wurden.

Zuerst kleideten sich die Burschen neu ein und besorgten sich Koffer. Dann nahmen sie ein Bad und ließen dem Badewärter großmütig einen Karton mit den alten Sachen zurück zum Verbrennen. Von der Badeanstalt aus begaben sich Bernas und Hastedt zum Barbier. Inzwischen tat jedoch die Polizei die ersten Schritte zur Festnahme der Burschen, die bereits

durch ihre Geldausgaben aufgefallen

waren. Im Barbierladen fragte ein Schupo die Räuber, ob sie soeben gebadet hätten; er forschte indes nicht weiter nach, als sie leugneten. Hastedt wurde jedoch die Sache brenzelig und verzog sich mit dem gemeinsamen Koffer und verschwand nach einigem Warten auf einem Auto nach Bernburg. Von hier fuhr er nach Bremen, wo er den Koffer mit Inhalt verkaufte. Sein Vater sah ihn zufällig auf der Eisbahn und machte die Polizei auf ihn aufmerksam. Er wurde am 21. September verhaftet. Man fand bei ihm noch 240 Mark. Auch Werner konnte den Barbierladen unangefochten verlassen. Mit dem vielen Geld in der Tasche beschloß er sich einen vergnügten Tag zu machen. Aber schon am nächsten Tag ereilte ihn sein Schicksal. Er verfügte noch über 649 Mark. Ludwig war mit seinem Anteil nach Kaltenmark gelaufen, hier traf er mit mehreren Fleischern aus Löbejün zusammen. Er spielte in dem Gasthofe und später in Löbejün den großen Mann und fuhr, nachdem er kurz bei seiner Großmutter vorgesprochen, nach Magdeburg, wo er das übrige Geld verjubelte. Ohne einen Pfennig traf er schließlich wieder in Halle ein. Schon bei der Großmutter hatte ein Polizeibeamter ihn gefragt, ob er bei dem Diebstahl beteiligt gewesen sei. Er hatte geleugnet und war infolgedessen unbehelligt geblieben. In Halle wollte er in ganz besonders schlauer Weise allen bösen Gerüchten ein Ende machen. Er begab sich ins Polizeipräsidium und fragte unschuldig, was eigentlich gegen ihn vorliege. Die Beamten hatten für seinen Scherz leider nicht das rechte Verständnis und behielten ihn gleich da. Alle drei Verhafteten legten

ein umfassendes Geständnis

ab und wiederholten es vor dem Gericht.

Bernas wurde, weil er schon schwer vorbestraft ist, wieder auf 2½ Jahre ins Zuchthaus geschickt unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren; zugleich wurde gegen ihn auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Hastedt kam mit 1½ Jahren und Ludwig mit 9 Monaten Gefängnis davon.

Vom Soziussitz heruntergefallen und von einer Lokomotive überfahren

Heute nachmittag zwischen 3 und ¼4 Uhr wurde von dem von Leuna kommenden Kohlenzug kurz hinter Merseburg am Bahnübergang der Weißenfelser Chaussee ein junges Mädchen überfahren. Trotzdem der Zug Lautesignal gegeben hat, fuhr ein Motorradfahrer, auf dessen Soziussitz das Mädchen saß, ein bis zwei Meter vor der Lokomotive über die Schienen. Der Fahrer kam gut über den Bahnübergang, während das junge Mädchen wahrscheinlich herunterfallen ist. Sie wurde von der Lokomotive erfaßt und etwa 10 Meter weit mitgeschleift. Das Mädchen war sofort tot; der Fahrer und das Motorrad sind unbeschädigt. Die Tote wurde von dem Samitätsauto des Leunawerkes abgeholt.

Für die Heimarbeiterinnen!

Ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten des Erholungsheims.

Der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen hatte dieser Tage zu einem Wohltätigkeitskonzert eingeladen, dessen Ertrag für den Fonds zur Errichtung eines Erholungsheimes für Heimarbeiterinnen in Mitteldeutschland bestimmt war. Die künstlerische und musikalische Leitung hatten freundlicher Weise Alice v. Boer-Gruselli und Irma Reuter übernommen, und so waren der Einladung sehr viele gefolgt, die es dann auch nicht zu bereuen hatten. Ein dreistimmiger Chor mit Sopransolo „Die Liebe", von Rossini, eröffnetel die interessante Vortragsfolge, von den Damen Margit Rammelt und Edith Grimm mit schönem Ausdruck und wohlklingender Stimme vorgetragen. Rudolf Richter mit seinem runden, wohlklingendem Baß brachte hierauf zwei lustige Lieder zu Gehör. Reizende Kinderlieder von Margarete Lindner sehr hübsch vorgetragen, entzückten dann die Zuhörer, ebenso die Lieder zur Laute von Charlotte Köcke; es ging hier nicht ohne Zugaben ab. Zwei Klavierstücke von Moussorgsky folgten, von dem jungen Werner Koegel sehr ansprechend und ausdrucksvoll gespielt. Ein Duett aus „Undine" von Lortzing, das Waldemar Reuschel und Rudolf Richter wirkungsvoll sangen, erntete großen Beifall. Mit mehreren, jetzt so beliebten Canons wurde der erste Teil beschlossen. Zum Schluß aber kama das Schönste: „Der Roman in der Waschküche". Die Zuhörer kamen gar nicht aus dem Lachen heraus und hatten viel Freude an der Waschfrau Guste und dem Hausmädchen Lina, die aber auch ganz prachtvoll von Gertrud Nilius und Anneliese Kelterei dargestellt wurden. Sämtliche Mitwirkenden waren Schüler von Alice von Boer-Gruselli und Irma Reuter. Es war ein in jeder Beziehung gelungener Abend. Er brachte den Zuhörern viel Freude, dem Baufonds die erwünschten Mittel und so wurde der Wunsch nach einem zweiten Abend laut.

Wohltätigkeitskonzert. Auch in diesem Jahre veranstalten die Männerliedertafel (gegründet 1845) und die Hallesche Bergkapelle gemeinschaftlich am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr ein Morgenkonzert in dem zurzeit in voller Blüte stehenden schönen Garten des Paul-Riebeck-Stiftes. Programme sind noch am Eingang zu haben. Der gesamte Reinertrag kommt der Stiftung zugute.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?" (8).

Walhalla-Theater: „1000 Worte Liebe" (8).

C. T. am Riebeckplatz: „So küßt nur eine Wienerin" (4, 6, 10, 8.15).

C. T. Gr. Ulrichstraße: „König Harlekin" (4, 6.10, 8.15).

Ufa Alte Promenade: „Der Mann aus dem Volke" (4, 6.15, 8.20).

Ufa Leipziger Straße: „Die weiße Spinne" (4, 6.15, 8.10).

Schauburg: „Das Opfer der Lea Lyon!" (4.30, 6.30, 8.30).

Modernes Theater: Der neue Spezialitäten-Spielplan (8).

Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).

Rachs Künstlerspiele: Das glänzende Maiprogramm (8).

Haus Dietrich Kasino: „Possart-Band".

Druck und Verlag von Otto Thiele.

Redaktionell Leitung: Harry Erwin Weinschenk.

Verantwortlich für Politik: Otto Friedericci; für Lokales Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Bernhard Fritsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doering; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr — Berliner Schriftleitung: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred Ed. Kamek.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192805081-12/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Wirtschaftsideen im Wahlkampf

Die Sozialdemokraten

Sind die Sozialdemokraten Sozialisten? Die Kommunisten behaupten kategorisch: Nein! Wir sind nicht so schnell fertig mit dem Wort.

Zunächst ist es bei Untersuchung dieser Frage nötig, festzustellen, welcher Unterschied heute zwischen Sozialismus und Kommunismus besteht. Im Prinzip ist dies sehr einfach: Der Sozialismus erstrebt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Kommunisten haben als letztes Ziel die Vergesellschaftung der Produktions- und Konsumtionsmittel.

Die Sozialisten sagen: die freie Verfügung über das Produktionskapital ermöglicht es dem Kapitalisten, den Arbeiter auszubeuten, ihm von seinem Anteil an den Früchten der Arbeit einen „Mehrwert" zu entreißen. Diese Erscheinung, als die Wurzel aller sozialen Uebel, ist in dem Augenblick beseitigt, in dem die Verfügung über die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit überführt, „sozialisiert" ist. Sie erstreben daher die profitlose Wirtschaft unter Leitung der Gemeinschaft, sei es durch sich selbst verwaltende Körper, sei es durch den Staat oder sonstwie.

Demgegenüber führen die Kommunisten an, daß ein solches System die Neubildung von Kapital — sei es durch Sparen, gewaltsame oder listige Aneignung — nicht verhindern könne. Es müßten daher auch die produzierten Güter für den letzten Verbrauch (Konsumtionsmittel) Eigentum der Gesellschaft bleiben und dürften nur zum Zwecke des Verbrauchs verteilt werden.

Halten wir diese beiden Auffassungen zusammen, so erkennen wir, daß in der Tat der heutige deutsche Kommunismus der alleinige Bewahrer des reinen Marxschen Dogmas ist. Er hat sich damit freilich wirtschaftspolitisch am weitesten von praktisch Erreichbarem entfernt, so daß er dem Realpolitiker als bloße Ideologie erscheinen muß.

Daher hat ja die sozialistische Bewegung schon seit den achtziger Jahren einen Flügel angesetzt, der „reformistisch" genannt wird, weil er für die praktische Politik die sozialistische Zielsetzung als vor der Hand unerfüllbar erkannt hat und sich daher zunächst mit einer Anzahl schrittweiser „Reformen" zufrieden gibt. Demgegenüber hat schon vor dem Kriege der andere Flügel erklärt: Alles oder nichts! Reformen bedeuten nur Schwächung. Helfen kann nur: die soziale Revolution.

Die Spaltung kam während des Krieges und hat sich dann zur vollkommenen Trennung erweitert. Beide Teile behaupten jedoch, die Bewahrer des Grals zu sein, das Endziel nur auf verschiedenen Wegen anzustreben. Daher wäre es abwegig, den Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei die Bezeichnung als Sozialisten ihrer Idee nach abzusprechen.

Allein in der Praxis sieht die Sache doch wesentlich anders aus. Historisch geht nämlich der Sozialismus keineswegs allein auf Karl Marx zurück. Schon lange vor ihm und auch während der Zeit seines Schaffens gab es eine ganze Anzahl sozialistischer und kommunistischer Ideen. So ist z. B. Lasalle, der Vater der deutschen Arbeitervereinigungen, keineswegs ein Schüler von Karl Marx. Gerade seine Forderungen waren aber weit weniger radikal und viel mehr auf Nahziele gerichtet, als die von Marx. Auf der anderen Seite sind die Schriften von Karl Marx in keiner Weise geeignet, als Agitations-Schema für die breite Masse zu dienen. Sein Hauptwerk, „das Kapital" z. B. verlangt eine vollkommene Beherrschung nationalökonomischer Theorien und auch eine ziemliche Beschlagenheit in philosophischen Grundlagen. Sonst ist schon die Sprache oft nicht zu verstehen. Ueberdies erfordert das Studium monatelange intensive Arbeit. Das schließt freilich nicht aus, daß man auch dem Laien die Grundzüge klarmachen kann. Dies wird freilich vielfach unterlassen, besonders in bürgerlichen Kreisen. Wie kann sich aber jemand an die Bekämpfung des Sozialismus wagen, ohne seine Grundlagen genau zu kennen?

Wer dies aber tut, kommt bald zu der Einsicht, daß ein großer Unterschied besteht zwischen der Marxschen Arbeit und seiner Verwendung in der Parteipolitik. Marx war ganz vorwiegend Gelehrter, seine politischen Jünger aber sind Machtpolitiker. Sie entfernen sich in ihren Handlungen und Zielen oft weit von Marx. Daher ist erst seit der Spaltung der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus deutlicher geworden, als dies früher der Fall war.

Die in der Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossenen Sozialisten sind daher streng genommen nicht als „Marxisten" anzusprechen, verwahren sich freilich auch gegen die Bezeichnung „Reformisten". Ihr Eintreten für die Sozialversicherung z. B. ist durchaus unmarxistisch, weil das Versicherungswesen Kapitalanhäufung voraussetzt. Auch sonst sind die Sozialdemokraten vielfach einfach Staatskapitalisten, sonst müßten sie sich unbedingt gegen jede Ueberschußwirtschaft öffentlicher Betriebe wenden.

Eine weitere Veränderung marxistischer Grundgedanken ist in der Sozialdemokratie durch die Einbeziehung kleinbürgerlicher Auffassungen vor sich gegangen. Sie stammt von denjenigen ihrer Anhänger, die im Grunde keine Sozialisten, sondern erfolglose und daher unzufriedene „Möchte-Gern-Kapitalisten" sind. Sie erhoffen sich von ihrer Partei die Erfüllung ganz konkreter Spezial-Wünsche, wie Steuer-Erleichterungen, Abwehr der Konkurrenz, Lohnerhöhungen und endlich allerlei Pöstchen im öffentlichen Dienst. Als anonyme Wähler rechnen sie damit, daß die Sozialdemokratische Partei die „herrschende Klasse" niederringen werde, damit sie für ihre Person freie Bahn bekommen. Sie denken gar nicht daran, es besser zu machen, wenn sie einmal im Sattel sitzen. Ohne Verständnis für die sozialistischen Ideen sind sie einfach kleine Streber. Besonders viele davon rekrutieren sich aus den Kreisen der Halbgebildeten. Es sind die Leute, die im Beruf katzbuckeln und heimlich sozialdemokratisch wählen. Einmal zu Macht und Amt gekommen sind sie die unsozialsten Vorgesetzten.

Hieraus erklärt sich weiter die eigentümliche Erscheinung des Verhaltens sozialdemokratischer Führer, wenn sie an einflußreiche Stellen gekommen sind, wenn sich ihnen offene oder heimliche Wege zu Wohlstand und Macht öffnen. Jetzt greifen sie plötzlich mit beiden Händen nach dem, was sie vorher mit flammenden Worten verwarfen. Dann finden wir sie in Aufsichtsräten hochkapitalistischer Unternehmungen, dann halten sie vertrauliche Konferenzen mit Börsianern, dann erpressen sie sich hohe Gehälter und sind nicht unempfänglich für Provisionen und derlei „Mehrwerten". Grundfalsch ist es, hierbei von „Wandlungen" zu sprechen. Oh nein: es zeigt sich nur jetzt erst die wahre Gesinnung dieser Ego-Sozialisten.

Es liegt uns fern, jeden Sozialdemokraten als einen solchen zu bezeichnen. In dieser Partei gibt es noch ein wackeres Fähnlein alter Kämpen, die aller Verfolgung zum Trotz durch schwere Zeiten hindurch ihre Ideale hochgehalten haben und denen auch ihre Gegner die Achtung nicht versagen werden. Aber ach: sie haben in der Partei nichts mehr zu sagen. Verbittert weichen sie mehr und mehr Jüngeren, die den „Betrieb" besser verstehen. Schade!

Schade um diese Partei, die dazu berufen gewesen wäre, die große nationale Linke zu bilden als natürlicher Gegenpol zur konservativen Rechten. Die Sozialdemokratische Partei hat eine große Geschichte, voll von Idealismus, Opfermut und Kampf. Sie hat früher in ihrem Draufgängertum viel zerschlagen, aber auch Wertvolles geschaffen. Man hat leider seinerzeit nicht immer verstanden, diese Werte zum Nutzen des ganzen Volkes zu erfassen. Aber diese, ihre heroische Zeit liegt schon weit zurück.

Heute ist sie eine Partei ohne klare Richtung. Ihre wirtschaftliche Idee ist durchaus verschwommen, weshalb sie gerade in wirtschaftspolitischen Fragen immer als unaufrichtig und unzuverlässig gilt. Ihren alten Idealen ist der Rücken gebrochen und neue konnte sie nicht entwickeln. Sie schleppt daher das destruktive Element des Marxismus mit und ist nicht imstande, das konstruktive weiter zu entwickeln und es den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Aber gerade mit dieser Unbestimmtheit zieht sie Wählermassen an sich, da sie bereit ist, reinweg alles zu versprechen.

Ihr großes Fiasko liegt darin, daß es ihr nicht gelungen ist, den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft hinter sich zu bringen. Diese hat sich zum Teil als Kommunistische (rein Marxistische) Partei neu organisiert, teils ist sie ihnen zu den National-Sozialisten entlaufen oder hat sich auf Splitterparteien zerstreut.

Viele aber vertrauen ihr Schicksal der Partei an, bei der sie zwar keine sozialistischen Ideen finden, aber sicher sind, daß sie

vor Ausbeutung bewahrt

und ihre Kräfte im Dienste des ganzen Volkes verwertet werden: in der Deutschnationalen Partei. **Dr. Fr.**

Volkswirtschaftliche Literatur

Mitteldeutsches Industrie- und Handels-Adreßbuch. Offizielles Industrie- und Handelsadreßbuch des Mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes. 2. Auflage des offiziellen Handelsadreßbuches und Exportregisters des Mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes. Herausgegeben vom Verband der Mitteldeutschen Industrie e. V. in Weimar; Verlag Gebr. Richters Verlagsanstalt Erfurt.

Mit der Herausgabe der zweiten Auflage des Offiziellen Industrie- und Handelsadreßbuches des Mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes, dessen erste aus dem Inflationsjahre 1923 stammende bereits stark überholt, aber auch schon seit langem vergriffen war, hat sich der Verband der Mitteldeutschen Industrie in Weimar zusammen mit dem Verlage einer mühevollen, aber dankbaren Aufgabe unterzogen. Das Werk, wie es jetzt in wesentlich erweiterter, noch äußerlich ansprechender Form ausliegt, zeigt, daß die Lösung dieser Auflage gelungen ist vor allem durch die wertvolle Mitarbeit sämtlicher mitteldeutscher Industrie- und Handelskammern. Hierdurch ist nunmehr ein tatsächlich „offizielles" Nachschlagewerk entstanden, daß das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet in seiner Gesamtheit systematisch erfaßt und der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der in ihm vertretenen Industrie- und Handelszweige erschöpfend Rechnung trägt. Die neugewählte Einteilung des Werkes ist übersichtlich und vor allem praktisch für den Gebrauch: Es gliedert sich im wesentlichen in drei Hauptteile, deren erster, das alphabetische Ortsverzeichnis, nach den Handelskammerbezirken zusammengestellt, einen orientierenden Ueberblick über die handelsgerichtlich eingetragenen Firmen vermittelt. Ergänzt wird dieser Abschnitt am Schluß des Werkes durch ein besonderes alphabetisches Ortsverzeichnis, das die Zugehörigkeit der Orte zu den Kreisen, Amtsgerichten und Postanstalten. — Zweifellos ist das Werk, daß bei einem Preise von nur 18.— RM. weit über 32 000 Adressen enthält, als Ganzes großzügig angelegt.

Die Bodenreform. — Man hat die Idee der Bodenreform den „Sozialismus der feinen Leute" genannt. In der Tat findet sie ihre Anhänger vor allem in Kreisen der Intelligenz. Sie hat sich nicht zur Massenbewegung erweitert. Die Wohnungszwangswirtschaft hat sie zeitweilig in den Hintergrund gedrängt. Seit ihrer Aufloderung nimmt die Werbung für den Gedanken einen erneuten Aufschwung. Man muß es den Bodenreformern lassen, daß sie eine erstaunliche Zähigkeit in der Verbreitung ihrer Idee entwickelten und sich dabei einer sachlichen Beweisführung befleißigen. Dadurch ist es ihnen gelungen, viele ihrer Gedanken in die deutsche Wirtschaftspolitik hinein zu filtrieren. — Wir lehnen die „Bodenreform" ab, weil sie den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten unserer Zeit nur von einer einzigen Seite her beizukommen trachtet: der Folgeerscheinung des Privateigentums an behautem oder vor der Behauung stehenden Bodens. Aber wir sind der Meinung, daß ihrer Agitation nur durch Argumente begegnet werden kann, die auf genauer Kenntnis ihrer Auffassungen beruhen. Diese sollte daher jeder studieren. Geeignet dazu erscheint uns das „Jahrbuch der Bodenreform", Vierteljahrshefte, herausgegeben vom Vater der Bewegung, A. Damaschke, im Verlag von Gustav Fischer, Jena, von denen soeben das 2. Heft 1928 erschienen ist. Preis pro Heft 1,80 Mark. — „Armut und Fortschritt im Lichte der Bodenreform." Von Arthur Pelitzer." Verlag Hoffmann & Reiber, Görlitz. 110 Seiten. Preis 2 Mark. — Diese Broschüre stellt eine gemeinverständliche Uebersicht der bodenreformerischen Gedankengänge dar.

Grundzüge der Finanzwissenschaft. Von Professor Paul Mombert. Aus der Sammlung „Wissenschaft und Bildung" im Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig. 146 Seiten. Preis gebunden 1,80 Mark. — Finanz- und Steuerfragen stehen nach wie vor im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Unsere Steuerpolitik leidet an zwei Hauptübeln: 1. daran, daß die Forderungen vorwiegend durch Interessentengruppen erhoben werden. Dies zwingt die Gesetzgebung zu andauernden Kompromissen und Halbheiten. Das Gemeinwohl wird dadurch nicht genügend berücksichtigt; 2. an dem geringen Wissen selbst berufener Kreise in den Grundlagen der Finanzwissenschaft. Selbst sogenannte Finanz- und Steuerfachleute ertrinken in Details und beherrschen das Allgemeine nicht genügend. Daher empfehlen wir dem Laien wie dem Fachmann das genannte Büchlein, dessen Verfasser zu den hervorragendsten Vertretern der deutschen Nationalökonomie und Finanzwissenschaft gehört. Es ist auch für den Nicht-Fachmann verständlich. Finanzwissenschaftliche Bücher veralten bekanntlich sehr rasch. Es ist daher zu empfehlen, sich von Zeit zu Zeit den Inhalt solcher kurzen und wohlfeilen Schriften einzuprägen. Bietet auch ein gutes Repetitorium für den Studenten.

Gegen den Agrarsozialismus — für Privateigentum und Wirtschaftsfreiheit. Von H. Tillmann. Verlag Reinhold Kühn A.-G., Berlin SW. 68, Kochstr. 5. 30 Seiten. — Das Heftchen bringt eine kräftige Auseinandersetzung mit den eigentumsfeindlichen Tendenzen. Verliert sich nicht in Einzelheiten, sondern behandelt die Grundfragen. Das Studium der originell vorgetragenen Gedankengänge des Verfassers ist dem Landwirt und den für ihn arbeitenden Wirtschaftspolitiker zu empfehlen.

Dr. Fr.

Tarifkampf der Bankangestellten

Zu der von uns am 21 April mit der Ueberschrift „Tarifkampf der Bankangestellten" veröffentlichten Einsendung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes bittet uns die Leitung des Deutschen Bankbeamten-Vereins in Berlin um Aufnahme folgender Gegegnung und Richtigstellung:

Daß der Deutsche Bankbeamten-Verein bei den am 19. April im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Nachverhandlungen für die Verlängerung des Reichstarifes die sonstigen Arbeitnehmer-Organisationen und auch den vom Ministerium bestellten unparteiischen Vorsitzenden ausgeschaltet hätte, widerspricht vollkommen dem Tatbestand. Es ist auch unrichtig, daß der D. B. V. den Unparteiischen bedeutet habe, daß man „allein sein wolle". Wahr ist vielmehr, daß die gesonderten Beratungen des D. B. V. mit dem Reichsverband der Bankleitungen auf ausdrücklichen Wunsch des Unparteiischen erfolgten, und daß von diesem niemals verlangt wurde, daß er die beiden Parteien allein lassen solle. Auch wurde die Tarifvereinbarung nicht nur vom D. B. V., sondern auch vom Reichsverband der Bankkassenboten angenommen, mit dem kurz darauf verhandelt wurde. Der D. H. V. ist nicht ausgeschaltet worden; vielmehr haben die Bankleitungen mit seinem Vertreter ebenfalls verhandelt, und dieser hat dann sachliche Einwendungen gegen den Inhalt der erwähnten Vereinbarung nicht erhoben. Weiterhin hat er betont, daß er dem Abkommen beitreten würde, wenn dies dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten, mit welchem gewisse Bindungen vorhanden seien, auch gestattet werde. Der Reichsverband der Bankleitungen lehnte jedoch die Tarifverlängerung mit dem freigewerkschaftlichen Verband ab. Wenn dies nicht geschehen wäre, würde somit nicht nur diese Organisation, die zur sofortigen Unterzeichnung bereit war, sondern auch die Fachgruppe Banken im D. H. V. das fragliche Abkommen angenommen haben und heute ebenfalls wieder zu den Tarifparteien gehören. Zum übrigen erfolgte die Beratung lediglich deshalb getrennt, weil am 31. März für jede Arbeitnehmer-Organisation ein besonderer Schiedsspruch gefällt worden war. Die an der Haltung des D. B. V. geübte Kritik ist somit vollkommen gegenstandslos.

Wir berichten im Auszug:

Tariferhöhung der Reichsbahn. In ihrem letzten Wochenbericht bemerkt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, hierzu folgendes:

Vergegenwärtigt man sich die seit einiger Zeit angekündigte und jetzt in einer Denkschrift begründete Tariferhöhung der Reichsbahn, so kann man wohl sagen, daß sie keineswegs allein durch die jüngste Lohn- und Preisgestaltung ausgelöst wird, da die Verwaltung sie schon seit langem trotz größter Widerstände aus Kreisen der Wirtschaft als unbedingt nötig hinstellt. Vielmehr läßt sich hier feststellen, daß die Reichsbahnverpflichtungen zur Zahlung jährlicher Reparationsabgaben im Höchstmaß von insgesamt 950 Mill. Rm. nicht nur eine Einschränkung des notwendigen Bauprogramms zum Nachteil der all Lieferantengruppen in Frage kommenden Industriezweige sowie eine mit durchschnittlich 50 Prozent über den Vorkriegstarifen liegende Verkehrsbelastung und einen Fortfall der in früheren Jahren stets indirekt zur Steuerminderung herangezogenen Ueberschüsse gebracht haben, sondern daß sie auch entscheidende Veranlassung dafür sind, wenn jetzt ein immerhin nur geringer Konjunkturnachlaß ohne weitere Tariferhöhung eine ordnungsgemäße Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr zulassen soll. Und doch handelt es sich bei der vorgesehenen Tarifheraufsetzung um eine einschneidende Maßnahme, die sich selbstverständlich wiederum vervielfältigt in einer zusätzlichen Kostenverteuerung des gesamten Arbeitsprozesses auswirken muß.

Die Grundsätze für die Neuregelung des Verdingungswesens. Sämtlicher Bedarf der Reichsstellen, Länder und Gemeinden soll in regelmäßigen Abständen einer Zentralstelle gemeldet werden, damit ein allgemeiner Ueberblick über den Bedarf gewonnen werden kann und auf diese Weise eine gleichmäßige Verteilung bzw. eine dem volkswirtschaftlichen Allgemeininteresse rechnungtragende Vergebung erfolgen kann. Die Länder sollen ersucht werden, regelmäßige Besprechungen mit den öffentliche Körperschaften beliefernden Firmen, insbesondere auch seitens der großen Stadtgemeinden zu veranlassen. Vorbesprechungen unmittelbar vor Vergebung größerer Aufträge erscheinen unerläßlich. Die im wesentlichen auf öffentliche Aufträge angewiesenen Industrien, wie z. B. die Schotter- und Pflastersteinindustrie sollen in flauen Zeiten Vorschußzahlungen erhalten, damit sie auf Vorrat arbeiten können. Hierbei wird auf die große Bedeutung der Schotterarbeiten der Reichsbahn verwiesen. Die Ausgabe der Gelder aus der Hauszinssteuer soll in Zukunft immer so rechtzeitig erfolgen, daß mit Beginn des Frühjahrs die Bautätigkeit einsetzen kann. Es soll auch von den Aufsichtsbehörden geprüft werden, inwieweit die Einteilung der Positionen in den Haushaltsplänen der Kommunen diesen Grundsätzen entsprechen und ob nicht etwa neue Verteilungsschlüsse gefunden werden müssen.

Schiffsverkehr auf der Saale. Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer, A.-G., Halle a. S. Angekommen am 5. Mai 1928 Kahn Nr. 1267, Sr. Müller, von Hamburg; Kahn Nr. 567, Sr. Zemter, von Hamburg.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 7. Mai. Die Abendbörse eröffnete bei kleinem Geschäft in stiller Haltung. Die an der Nachbörse eingetretenen Realisationen wurden nur noch in geringem Umfange fortgesetzt. Da sich wieder verschiedentlich Käufe von Auslandsseite bemerkbar machten, ist die Grundstimmung freundlich geworden. Die Kursgestaltung war jedoch nicht einheitlich. Meist waren Kursbesserungen bis zu 2 Prozent festzustellen. Bevorzugt lagen Rheinische Braunkohlen (Plus 2¾ Prozent), Gesfürel 1¾ Prozent, N.S.U. Plus 2½ Prozent. Auch Banken hatten etwas regeres Geschäft bei gebesserten Kursen. J. G. Farben lagen angeboten und etwas schwächer. Ausländer still. Amerikanische Kunstseidewerte ruhig, aber behauptet.

Dividenden

Deutsche Maschinenf. (Demag), Duisburg	5	(0)
G. Egestorffs Salzw. u Chem. F., Hannover	8	(8) Vorschlag
Muldentalwerke A.-G., Grossenhain	0	(0) Vorschlag
Neue Deutsch-Böhm. Elbschiff A.-G., Dresden	5	(5) Vorschlag
Steingutfabr. Colditz i. Sachsen	10	(10) Vorschlag
Kaliindustrie A.-G., Berlin	12	(12) Vorschlag
Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden	6	(0) Vorschlag

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192805081-12/fragment/page=0004